aus, und die Heilbronner Allgemeine Ortskrankenkasse, die nicht länger auf gestundete Krankenversicherungsbeiträge warten mochte, gab der maroden Firma mit einem Konkursantrag den Gnadenstoß. Die Forderungen der Gläubiger aus der Glass-Pleite belaufen sich auf etwa 53 Millionen Mark. Selbst die Geschädigten aus Przetaks holländischem Schuh-Stoßgeschäft ließen sich mit auf die Liste setzen.

Bruno Przetak ereilte die Unglücksbotschaft vom Bank-Krach in Wien, wo er gerade das Grandhotel Panhans am Semmering erworben hatte. Auch das Panhans, einst Herberge Hermann Görings, geriet mit rund fünf Millionen Mark Schulden in den Konkurs-Strudel.

Przetaks Konkurs-Steigerung ist beachtlich, denn beim Bankrott seines Ferienfonds Vacanza vor drei Jahren (SPIEGEL 19/1966) hatte der Frankfurter nur eine Schadenssumme von 4,3 Millionen Mark erreicht. Freilich konnte er sie noch im gleichen Jahr durch die Insolvenz seines Dago-Olympia-Supermarktes in München um 175 000 Mark steigern.

Den Bankbrüdern Fasshold blieb das alles bis zuletzt ebenso verborgen wie dem Glass-Prokuristen Dr. Wallersteiner, der heute „damit überhaupt nichts zu tun" haben will.

Wallersteiner möchte seinen guten Ruf nicht nur als Finanzmann bewahren, sondern auch als Chemiker: Wegen seiner Verdienste um die Entwicklung des Penicillins, zusammen mit dem Nobelpreisträger Sir Alexander Fleming, verlieh Bundespräsident Heinrich Lübke dem aus Ulm stammenden und bei einem Privatinstitut zum Doktor gemachten Wallersteiner das Bundesverdienstkreuz erster Klasse. Eine Photokopie der Bonner Verleihungsurkunde gab Wallersteiner zu den Konkursakten von Glass in Heilbronn.

Was den Bonner Ordensverleihern nicht aufgefallen war: Als Fleming im Jahre 1928 das Antibiotikum Penicillin entdeckte, war das Allroundgenie Wallersteiner ganze neun Jahre jung.

RECHT

SPRINGER

Der Freiheit zuwider

Am Freitag letzter Woche mußte Axel Springer eine Zurechtweisung hinnehmen, wie sie ihm bis dahin noch nicht widerfahren war. Das höchste deutsche Gericht erklärte, der größte deutsche Pressekonzern habe das Grundrecht der Pressefreiheit verletzt.

Derselbe Zeitungsherr, der gern betont, für seine Blätter finde jeden Tag „eine Art demokratische Abstimmung" am Kiosk statt, hatte einem Klein-Konkurrenten linker Couleur die Freiheit beschnitten, sich ebenfalls dem Leservotum zu stellen.

Über seine konzerneigenen Verlagshäuser (Axel Springer & Sohn KG, Die Welt Verlags-GmbH, Hammerich & Lesser KG) hatte Springer 1961 die Zeitungshändler zum Boykott gegen die — inzwischen eingestellte — linksorientierte Hamburger Wochenzeitung „Blinkfüer" aufgefordert, die damals im Gegensatz zu Springers „Hör zu" DDR-Rundfunkprogramme veröffentlichte. Widerborstigen Zeitungshändlern, die „weiterhin Objekte führen, die der Ulbricht-Propaganda Vorschub leisten", drohte der Verlag mit Abbruch der Geschäftsbeziehungen. „Blinkfüer"-Herausgeber Ernst Aust klagte auf Schadenersatz.

SOZIALISTISCHE WOCHENZEITUNG

Blinkfüer

Mit Fernsehschau 40 Pf

ZEITUNG FÜR NORDDEUTSCHLAND

Nr. 8 / 27. Februar 1969 / 18. Jahrgang / Verlagsort Hamburg

Boykott-Objekt „Blinkfüer"
Schaden durch Drohung und Zwang?

Nun wurde das Verhalten des Großverlegers, dessen „Hör zu" seit September 1964 der Ulbricht-Propaganda selbst wieder Vorschub leistet, gerügt. Anders als der Bundesgerichtshof, der 1963 die „Blinkfüer"-Klage abgewiesen hatte, befand jetzt das Bundesverfassungsgericht,

- daß „mit wirtschaftlichen Mitteln unter Ausnutzung der monopolartigen Stellung" ein „politischer Meinungskampf ausgetragen werden" sollte,
- daß die Springer-Verlage ihre „marktbeherrschende Stellung" und ihre „Machtposition" mit dem Hinweis „auf eine mögliche Liefersperre gegenüber Boykottbrechern" ausgenutzt hätten,
- daß die Aktion „der Freiheit der Berichterstattung zuwider auf ein Unterdrücken von Nachrichten mit vornehmlich wirtschaftlichen Mitteln" hinausgelaufen sei.

Dabei ließen die Karlsruher Richter keine Zweifel aufkommen, daß sie einen Boykottaufruf, wie ihn der frühere Hamburger Senatspressechef Erich Lüth 1950 gegen Filme des Jud-Süß-Darstellers Veit Harlan abfaßte, nach wie vor für zulässig halten. Denn „Lüth standen" — so das Gericht — „keinerlei Zwangsmittel zu Gebote". Er habe lediglich „an das Verantwortungsbewußtsein und die sittliche Haltung" des Publikums appellieren können.

Springers „angedrohte Liefersperre" hingegen hätte „Zeitungsgrossisten und Einzelhändlern spürbare, unter Umständen existenzbedrohende Nachteile zufügen können".

Nach dem Karlsruher Spruch weiß Springer auch genau, was er darf: einen Boykottaufruf erlassen, „wenn er als Mittel des geistigen Meinungskampfes in einer die Öffentlichkeit wesentlich berührenden Frage eingesetzt wird".

VERBRECHEN

LEBACH

Der dritte Mann

Gernot Wenzel, 23, Zahntechniker aus dem pfälzischen Landau, derzeit Soldat in Koblenz, machte sich nichts aus Mädchen und hütete zwei Geheimnisse:

- seine Intimfreundschaft mit Wolfgang Ditz, 26, und Hans-Jürgen Fuchs, 26, den beiden geständigen Tätern von Lebach,
- seine Kenntnis von dem Lebacher Überfall lange vor der Tat.

Bei dem bewaffneten Kommando-Unternehmen auf das Munitionsdepot des Fallschirmjägerbataillons 261 sollte, so war es geplant, Wenzel der dritte Mann sein.

Der Koblenzer Soldat machte nicht mit, weil er Angst hatte. Doch seit Mittwoch letzter Woche, nach dem Geständnis der beiden Täter, versuchen Oberstaatsanwalt Siegfried Buback und die Lebacher Sonderkommission der Kripo herauszufinden, ob Wenzel das größte Verbrechen in Deutschland seit Kriegsende hätte verhindern können — mit einem rechtzeitigen Tip an die Polizei.

Gewiß ist, daß Gernot Wenzel sich in einem persönlichen Konflikt befand. Fuchs und Ditz, die intimen Freunde, hatten ihn gewarnt: Falls er den Lebach-Plan verrate, würden sie über seine abartige Veranlagung plaudern. Und für Wenzel, Sohn eines leitenden Beamten in Landau, war klar: Das dürfe nicht herauskommen.

Ob der Zahntechniker, der sich heimlich in pfälzischen Wäldern mit dem „Pärchen" traf, den Terminplan der Täter und damit den genauen Tag des Überfalls (20. Januar) vorher kannte, war am Freitag letzter Woche noch ungewiß. Wenzel selbst beteuerte in den ersten Vernehmungen, er habe Fuchs und Ditz damals nur beim Pläne-

Tatort Lebach*
Scheu vor Blut und Tod?

* Abtransport der Opfer am Tag nach dem Überfall.

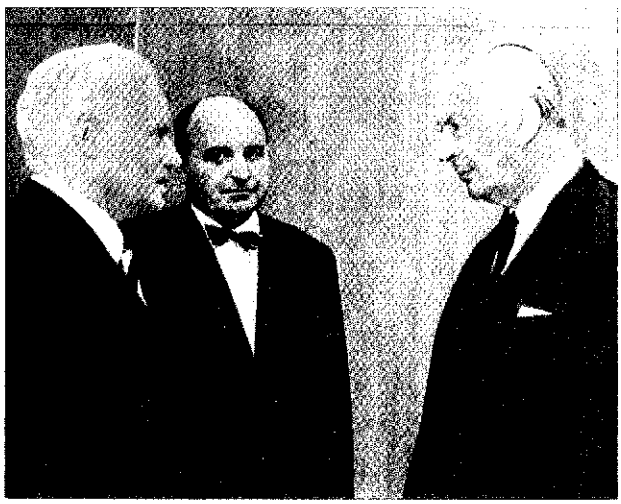
schmieden zugehört, keine Bereitschaft zum Mitmachen gezeigt und die ganze Sache danach als irreal angesehen. Buback letzte Woche: „Vielleicht nahm Wenzel tatsächlich an, der Überfall-Plan sei inzwischen ad acta gelegt."

Gleichwohl aber, so erklärte Generalbundesanwalt Ludwig Martin letzte Woche, habe sich der „dritte Mann" der Begünstigung schuldig gemacht: Wenzel hätte nach der Tat entscheidend zur schnelleren Aufklärung der Lebach-Tat beitragen können.

Doch der Zahntechniker packte erst aus, nachdem die Täter schon über eine Woche in Haft verbracht hatten. Am Mittwoch letzter Woche um 11.45 Uhr schließlich war das Verbrechen von Lebach im wesentlichen aufgeklärt: Unter dem Druck der Indizien (SPIEGEL 19/1969) gestand Wolfgang Ditz, einst Justizsekretär beim Landauer Amtsgericht: „Ich habe vier Soldaten erschossen." Und Hans-Jürgen Fuchs, Bankkaufmann und Dolmetscher, gab zu, er habe den Gefreiten Reinhard Schulz „mit Pistolenschüssen und Messerstichen" schwer verletzt.

Hintermänner, etwa gar eine Verbrecher-Organisation nach dem Vorbild der sizilianischen „Mafia", gab es — nach dem Stand der Ermittlungen bis Ende letzter Woche — nicht.

Doch so klar die Geständnisse und so lückenlos die Indizien sind, so verschwommen erschien den Fahndern letzte Woche noch immer das Motiv für die Tat. Chef-Fahnder Buback blieb auch letzte Woche bei seiner These, die Täter hätten „gemordet, um danach als Erpresser das große Geld zu machen".



Fahnder **Martin, Buback**, Besucher: Zentrale Polizei?

Richter und Staatsanwälte in Landau, die Ditz, den Haupttäter, aus seiner Zeit bei Gericht gut kennen, wagen unterdessen eine andere Deutung: Immer, wenn der Gerichtsschreiber Makabres — etwa die Sektion einer Leiche — protokollieren sollte, habe er sich von einem Kollegen vertreten lassen. Ditz habe „kein Blut sehen" können, im Sezierraum sei ihm „immer schlecht" geworden.

Die Motiv-Forscher bei der Landauer Justiz sehen darin die Lösung: Ditz, der seine Scheu vor Blut und Tod offenbar als besonderes Zeichen männlicher Schwäche empfand, habe sich mit der Bluttat selbst überwinden und seinem Gefährten, dem Mittäter Fuchs, imponieren wollen.

Fachleute wie der Mainzer Kriminologe Professor Armand Mergen halten diese Spekulation für „völlig falsch, da steckt etwas ganz anderes dahinter" — was, weiß freilich auch Mergen noch nicht. Aber: „Ich werde es herausfinden, oder ich gebe meinen Beruf auf."

Zwar — so der Mainzer Professor — „gibt es diese Angst vor Blut und Leichen sehr oft bei Mördern". Doch: „Einen Kausalzusammenhang zu sehen zwischen der Tat und der Homosexualität der Täter" sei „völliger Blödsinn".

Auch Professor Dr. Friedrich Geerds, Direktor des Instituts für Kriminologie an der Frankfurter Universität, widerspricht der Landauer Spekulation: „Unter Homosexuellen gibt es ebenso viele Gewalttäter wie unter normal Veranlagten aus dem Angler- oder Kleingarten-Verein."

Die Tat von Lebach jedoch, bei der sich — so Geerds — „antisoziale Gesinnung" und „zynische Haltung" mit „Gangsterromantik" und „Geltungsdrang" paarten, passe eher „in das Bild von Spätpubertierenden". Auch Geerds-Kollege Mergen vermutet „Entwicklungsstörungen bei den Jungen".

Oberstaatsanwalt Buback gar glaubt, er sei „auf einen ganz neuen Tätertyp gestoßen". So ganz neu sind die beiden Tätertypen aus Landau vielleicht doch nicht. Die Kripo in Landau prüft mittlerweile, ob Ditz und Fuchs auch andere Gewaltverbrechen begangen haben:

▷ Am 8. Juni 1965, kurz vor 18 Uhr, drang eine „Banklady" mit blonder Perücke und weißem Kittel in den Tresorraum der Kreis- und Stadtsparkasse Landau ein und schlug dem Hauptkassierer Georg Pausch mit einem Knüppel auf den Kopf. Pausch schlug die Dame in die Flucht — und starb kurz darauf an Gehirnblutung. Heute gilt als sicher, daß die „Banklady" ein Mann war. Lebach-Täter Hans-Jürgen Fuchs hatte bis 1962 in der Sparkasse gearbeitet.

▷ Am 16. Juni 1965 drang ein junger Mann mit Pistole und Tuch-Maske in einen Friseurladen in Niederhochstadt (Kreis Landau) ein und zwang die Besitzerin, die Tageseinnahmen — 170 Mark — herauszugeben. Der Täter — rötliches Haar, 1,80 Meter groß — flüchtete mit einem roten Kleinwagen. Fuchs und Ditz fuhren damals einen roten 600er BMW, die Täterbeschreibung paßt auf Ditz.

▷ In der folgenden Nacht, am 17. Juni, wurde in Niederhochstadt die Zweigstelle der Kreis- und Stadtsparkasse Landau überfallen. Der Zweigstellenleiter und seine Familie wurden von den beiden Räubern in den Keller eingesperrt. Nur weil der zweite Schlüssel zum Tresor fehlte, den der Vertreter des Filialleiters verwahrt, kamen die jungen Männer nicht an die Beute. Die Polizei verdächtigt Hans-Jürgen Fuchs und Wolfgang Ditz.

Justizbeamte in der pfälzischen Kleinstadt Landau beschäftigt unterdessen die Frage, wer im Fall Lebach die 68 000 Mark Belohnung verdient habe: der eigene Behördenchef, Landgerichtspräsident Walter Thomas, oder die Remagener Wahrsagerin Margarete Goussanthier, 57, die sich selbst als „Madame Buchela" ausgibt und von ihren Kunden die „Pythia von Bonn" genannt wird.

Thomas war sechs Wochen nach dem Lebacher Überfall, am 4. März, eine innerdienstliche Verlustanzeige auf den Tisch gekommen: Im Asservatenschrank des Amtsgerichts fehlte schon seit Monaten eine Pistole vom Typ Schmeißer 6,35. Die Waffe, seit Kriegsende im Besitz des Winzers Gustav Lidy aus Frankweiler, wurde 1968 von der Polizei eingezogen und ans Gericht geschickt. Dort aber verschwanden plötzlich Pistole und Munition aus dem abgeschlossenen Stahlschrank.

Thomas erinnerte sich beim Aktenstudium daran, daß am 21. Januar im Fernsehen nach einer Schmeißer 6,35 gefahndet worden war. Der Landgerichtspräsident „hatte so ein Gefühl" und rief alte Kollegen bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe an. Beamte der Sonderkommission, die wenig später im Landauer Gerichtsgebäude Ermittlungen anstellten nach möglichen Pistolen-Dieben, stießen freilich nicht auf den Namen des Protokollführers Wolfgang Ditz, der kurz vor dem 20. Januar sein Beamtenverhältnis bei Gericht gekündigt hatte. Buback heute: „Eine der Merkwürdigkeiten bei der ganzen Fahndungsaktion ist, daß wir damals auf dieser Spur nicht weiterkamen."

Erst einen Monat später, am 12. April, wurde der Name Ditz heiß. Der Tip, der alles entscheiden sollte, kam von Madame Buchela, die am Abend zuvor im ZDF die Sendung „Aktenzeichen XY ... ungelöst" gesehen hatte.

Sechs- bis siebenmal hatte die schmächtige Pythia von Bonn in ihrem altmodisch möblierten Wohnzimmer auf dem Remagener Viktoriaberg Besuch von zwei jungen Herren empfangen, die sich als „Dr. Sardo" und dessen „Privatsekretär" vorstellten und angaben, sie seien mit ungewöhnlichem Auftrag von der iranischen Botschaft in Köln-Marienburg geschickt. Ma-

dame Buchela, so sprach „Sardo", möge doch für Fürstin Eva Esfandiary, Exkaiserin Sorayas Mutter, einen Blick in die Zukunft tun. Als Entgelt dafür werde sie Schmuck und Pelze aus Sorayas Besitz erhalten.

Die Konsultation sollte in der iranischen Botschaft zu Köln stattfinden. „Sardo": „Wir sind beauftragt, sie nach Köln zu bringen."

Dann kam aus München ein Telegramm: „Dr. Sardo" teilte mit, die Weissagung in der Botschaft könne zum vereinbarten Termin nicht stattfinden. Ein andermal telegraphierte „Sardo" aus Karlsruhe, ein drittesmal — am Karsamstag — aus Heidelberg: „Konsultation leider nicht möglich. Frohe Ostern wünscht Dr. Sardo."

Die Lebach-Fahnder halten es heute für nicht ausgeschlossen, daß Madame Buchela von „Sardo" und seinem Begleiter auf der Fahrt nach Köln entführt oder erpreßt werden sollte.

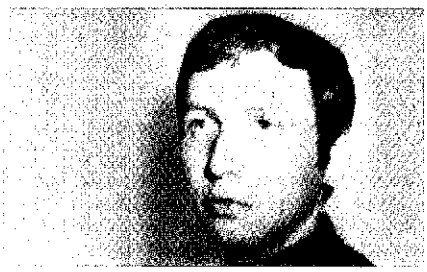
Und auch die Hellseherin ahnte nichts Gutes. Vorsorglich notierte sie „Sardos" Autonummer. Daß der Kunde kein Botschaftsattaché, sondern ein Erpresser war, wurde ihr am 11. April während Zimmermanns „XY"-Sendung am Bildschirm klar: „Ein Dr. Sardo", so ließ Buback im ZDF-Fernsehstudio enthüllen, hatte vorher schon den Münchner Finanzmakler Rudolf Münemann um 800 000 Mark zu erpressen versucht. Frau Buchela gab Buback „Sardos" Autonummer bekannt: LD—X 733, zugelassen auf Wolfgang Ditz in Landau.

Und ein Erpresserbrief an Münemann, am 14. Februar in Noli bei Genua aufgegeben, war nach Ermittlungen der Kriminaltechniker auf einer „Olympia-Electric" des Landauer Amtsgerichts getippt worden — und zwar, wie sich später herausstellte, noch vor der Kündigung von Ditz und vor dem Überfall.

Oberstaatsanwalt Siegfried Buback stieß bald auch auf Ditz-Freund Fuchs, doch die beiden waren verschwunden — untergetaucht in kleinen Pensionen und Hotels. Ein guter Bekannter des „Pärchens", Gernot Wenzel, in Koblenz ausfindig gemacht, schwieg als Zeuge beharrlich. Erst als Ditz und Fuchs nach tagelanger Observation vor dem Elternhaus von Ditz in der Landauer Horststraße 3 verhaftet worden waren, mochte Wenzel reden.

Ein leitender Beamter der Sicherungsgruppe Bonn hatte Gernots Vater gedrängt, seinen Sohn doch endlich zur Aussage zu bewegen. Gernot war dazu erst bereit, nachdem er sich am vorletzten Sonntag beim Landauer Oberbürgermeister Walter Morio, einem ehemaligen Rechtsanwalt, juristischen Rat über die Strafbarkeit von Vergehen nach Paragraph 175 geholt hatte. Mit Wenzels Hilfe fanden Bubacks Detektive schließlich das Versteck der in Lebach erbeuteten Waffen.

Als Generalbundesanwalt Martin am Donnerstag letzter Woche von Karlsruhe nach Lebach fuhr, um nach tagelanger Nachrichtensperre vor den Fernsehkameras den Stand der Ermittlungen bekanntzugeben, wurde



Geständige **Fuchs** (oben), **Ditz**
Konsultation nicht möglich

er an der Autobahnausfahrt Neunkirchen von Oberstaatsanwalt Siegfried Buback gestoppt. Bubacks Nachricht: „Soeben haben die beiden gestanden."

Und als Bundeskanzler Kiesinger drei Stunden später vor der Saarbrücker Staatskanzlei mit einem Hubschrauber herabschwebte, um dem Saar-Ministerpräsidenten Franz Josef Röder zum zehnjährigen Amtsjubiläum zu gratulieren, meldeten Martin und Buback dem Kanzler Vollzug.

Kiesinger aber („Froh, daß es sich nicht um eine politische Tat gehandelt hat") sprach sogleich von notwendigen Reformen bei Deutschlands Polizei: „Ich habe schon lange das Gefühl, daß in dieser Frage neue Überlegungen angestellt werden müßten."

Solche Überlegungen könnten von Nutzen sein. Für die Effektivität einer zentral gesteuerten, bundesweiten Fahndung ist der Fall Lebach jedenfalls ein Musterbeispiel. Freilich mußten dort erst mehrere Umstände zusammentreffen, damit ein solcher Zentralismus in der föderalistischen Nachkriegsrepublik Wirklichkeit werden konnte.

Der Generalbundesanwalt, der eigentlich auf die Strafverfolgung politischer Täter beschränkt ist, konnte die Ermittlungen in Lebach nur deshalb an sich ziehen, weil unmittelbar nach dem Überfall die Beteiligung eines ausländischen Geheimdienstes ebensowenig auszuschließen war wie ein Terrorakt radikaler Gruppen oder eine gezielte „Wehrmittel-Sabotage".

Und die Sicherungsgruppe des Bundeskriminalamtes (BKA) konnte nur aktiv werden, weil sie üblicherweise die „Hilfsbeamten" der Bundesanwaltschaft stellt und weil der Bundesinnenminister, in Wahrung seines Ausnahmerechts, den BKA-Fahndern „aus schwerwiegenden Gründen" Exekutivbefugnisse übertrug, die normalerweise sonst nur den Polizeibehörden der Länder zustehen.

Von solchen Zufällen möchte die oberste Strafverfolgungsbehörde in Karlsruhe nicht länger abhängig sein. Bundesanwalt Felix Kaul: „Generalbundesanwalt Martin hat seit Jahren die Notwendigkeit betont, daß ihm eine zentrale Polizeibehörde mit vollen Exekutivbefugnissen zur Verfügung stehen muß."

Und am Tag nach den Geständnissen in Lebach beriet der Innenausschuß des Parlaments erneut über eine Änderung des BKA-Gesetzes.

MANAGER

INVESTMENTFONDS

Erhard mehr als Mende

Altkanzler Ludwig Erhard, 72, widmet sich künftig einem jungen Unternehmen: Er ist seit dem 1. Mai Aufsichtsratsvorsitzender der Investment-Firma Argenta Internationale Anlagegesellschaft mbH, die vor elf Monaten mit Unterstützung von fünf westdeutschen Privatbanken in München gegründet wurde.

Nachdem sich Deutschlands abgedankter Kanzler und Wundermann bereits seit zwei Jahren dem Handel mit Hühnerklein und gefrosteten Puterkeulen widmet — als Aufsichtsratsmitglied in Firmen des amerikanischen Lebensmittelkonzerns Bauer — und überdies kürzlich sogar laut „Wall Street Journal" beim Erwerb eines US-Stahlwerks zu helfen versuchte, strebt er jetzt nach dem Vorbild Erich Mendes auch ins Wertpapiergeschäft.

Seine Argenta GmbH offeriert den Sparern der Bundesrepublik Investment-Zertifikate von rund 100 verschiedenen Fonds, darunter Papiere des hauseigenen Fonds Argenta, der mit deutschen, japanischen und amerikanischen Wertpapieren angefüllt ist. Innerhalb der letzten neun Monate stieg die Kursnotiz der Hauspapiere um fast 14 Prozent.

Erst im Januar diese Jahres hatte der Altkanzler dementieren müssen, er

Manager **Erhard**
Hühnerklein und Wertpapiere